

RESOLUTION



22. Oktober 2019

KLIMANOTSTAND IM WALD – DIE POLITIK MUSS JETZT HANDELN

Resolution des Bundes Deutscher Forstleute, Landesverband Bayern

Im Wald herrscht der Klimanotstand. Den hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) angesichts des „Waldsterbens 2.0“ Mitte Juli ausgerufen. Dabei gilt der Wald eigentlich als Klimaretter schlechthin. Jetzt muss er selbst gerettet werden. Zu allererst gilt es, seitens der Politik alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Klima zu schützen und die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Sonst ist der Wald, wie wir ihn kennen und brauchen, nicht zu retten.

Der menschengemachte Klimawandel schreitet spürbar voran. Erstes Opfer hierzulande ist der Wald. Allen Anstrengungen von Forstleuten und Waldbesitzenden zum Trotz stirbt der Wald auf großer Fläche. Patentrezepte für die Wiederbewaldung und die Aufräumarbeiten gibt es nicht. Forstliches Wissen und Erfahrung ist auf der gesamten Waldfläche gefordert! Dabei frisst der Borkenkäfer stellenweise schneller, als die Menschen die befallenen Bäume aus dem Wald entfernen können.

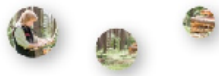
Staatswald:

Die Ausrichtung der Staatswaldbewirtschaftung auf den Klimaschutz wird begrüßt. Zur raschen Schadensbewältigung sowie für eine Weiterentwicklung zu klimastabilen Wäldern müssen

- dem Unternehmen Bayerische Staatsforsten deutlich mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden;
- die Pensionslasten der Bayerischen Staatsforsten vom Staatshaushalt getragen werden;
- 100 zusätzliche Förster in den nächsten vier Jahren eingestellt werden, um eine naturnahe und kleinflächigere Waldbewirtschaftung zu ermöglichen. Nur mit mehr Personal kann auch die notwendige Öffentlichkeits- und Naturschutzarbeit im ausreichenden Maß geleistet werden;
- für eine konsequente Ausrichtung des Staatswaldes als Klimaschutzwald das Staatsforstengesetz und andere einschlägige Verordnungen angepasst werden;
- weitere großflächige Stilllegungen unterbleiben;
- der Abbau von Forstwirtstellen gestoppt und neue Forstwirte eingestellt werden.

Der BDF Bayern besteht seit 1949 als forstpolitische, berufsständische und gewerkschaftliche Vertretung der Forstleute und Angestellten in allen Waldbesitzarten. Mit etwa 2.000 Mitgliedern ist der BDF auch Mitglied im bbb beamtenbund und tarifunion (dbb), in der Union Europäischer Forstleute (UEF) und im Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR). Gegenüber Verwaltung und Arbeitgebern werden die Forstleute vertreten, indem Einfluss auf alle forst- und naturschutzpolitischen Zielsetzungen genommen wird. Ebenso erfolgt die Information der politischen Entscheidungsträger mit fachlichen Informationen.

RESOLUTION



Privatwald:

Die 700.000 Privatwaldbesitzenden in Bayern benötigen deutlich mehr Unterstützung und Beratung. Viele haben weder das Wissen noch die notwendigen Betriebsmittel, um ihren oft sehr kleinen Wald zu pflegen bzw. umzubauen. Daher muss die staatliche Beratung aufgestockt sowie mehr Forstpersonal bei den Forstl. Zusammenschlüssen ermöglicht werden.

Bei den Forstlichen Zusammenschlüssen (FZUS)

- sind die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Dazu muss die wirtschaftliche Abhängigkeit der FZUS vom Holzmarkt weiter verringert werden. Ein Baustein hierfür ist eine höhere staatliche Förderung;
- ist der hohen Personalfuktuation durch attraktive Arbeitsplätze entgegenzuwirken;
- müssen die Probleme infolge der „de-minimis-Förderobergrenzen“ auf EU-Ebene umgehend gelöst werden;
- sind die neuen FZUS-Koordinatoren den FZUS „ungeschmälert“ zur Verfügung zu stellen. Dazu müssen für diese Koordinatoren reguläre Dienstposten mit echten Stellenanteilen ausgewiesen werden.

In der Bayerischen Forstverwaltung

- sind die bereits zugesagten 200 zusätzlichen Förster in den nächsten fünf Jahren (bis 2025) in festen Arbeitsverhältnissen einzustellen;
- ist der immer noch laufende Personalabbau endgültig zu stoppen;
- ist die finanzielle Unterstützung zur Schadensbewältigung sowie für den Waldumbau zu erhöhen;
- ist die Förderabwicklung insbesondere beim Vertragsnaturschutzprogramm Wald markant zu entbürokratisieren und zu vereinfachen;
- ist die Forschung zu neuen Baumarten und Herkünften zu intensivieren;
- ist die Ausbildung von Forstwirten und Forstwirtschaftsmeistern für Wiederaufforstung und Kulturpflege im Privat- und Körperschaftswald auszubauen.

Im **Kommunalwald** ist den neuen Rahmenbedingungen wie massive Waldschäden und verstärkter Waldumbau umfassend Rechnung zu tragen. Daher muss

- die Wahlfreiheit für die Kommunen dauerhaft erhalten bleiben, wie sie ihre Waldbewirtschaftung organisieren wollen. Dazu gehört auch die entgeltliche Übertragung der Betriebsleitung / -ausführung durch die Forstverwaltung;
- der geschlossene Kommunalwaldpakt durch eine neutrale Einrichtung transparent evaluiert werden. Dies muss eine Befragung der Kommunen miteinschließen.

In **allen Waldbesitzarten** sind die jagdlichen Rahmenbedingungen für die Waldverjüngung stark zu verbessern. Der Waldumbau braucht engagierte Jäger, damit die Potenziale durch Naturverjüngung genutzt werden und die Hauptbaumarten auf den riesigen Waldumbauflächen im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen können.